

Grömling, Michael; Bardt, Hubertus

Article

Betriebliche Belastungen durch Ukrainekrieg

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Grömling, Michael; Bardt, Hubertus (2022) : Betriebliche Belastungen durch Ukrainekrieg, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X, Springer, Heidelberg, Vol. 102, Iss. 4, pp. 283-287, <https://doi.org/10.1007/s10273-022-3159-7>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/262846>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Michael Grömling, Hubertus Bardt

Betriebliche Belastungen durch Ukrainekrieg

Der Krieg in der Ukraine bringt erhebliche Belastungen für die deutsche Wirtschaft mit sich. Auf Basis der Konjunkturumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft können die verschiedenen Übertragungswege und Auswirkungen eingeschätzt werden. Fast 80 % der Unternehmen sehen sich derzeit durch hohe Energiepreise belastet. Über 40 % erwarten, dass sie kurzfristig in ihren Geschäftsabläufen durch ausfallende Lieferungen von Vorleistungen beeinträchtigt werden; ebenso hoch ist die erwartete Belastung durch drohende Engpässe in der Energieversorgung. Seit der ersten Befragung in der ersten Märzhälfte 2022 haben sich die Sorgen tendenziell erhöht. Für die mittlere Frist werden weiter ansteigende Belastungen durch den Krieg für die Unternehmen erwartet.

Der Einmarsch des russischen Militärs in die Ukraine hat die Rahmenbedingungen für viele Unternehmen grundlegend verändert und zu einem hohen Ausmaß an politischer und ökonomischer Verunsicherung geführt. Neben den immer noch bestehenden Belastungen infolge der Coronapandemie besteht die Gefahr weiterer und in Teilen nicht abschätzbarer Geschäftsrisiken und Anpassungslasten für die Firmen in Deutschland. Teile der Dienstleister harren noch immer auf eine Normalisierung ihrer Geschäftstätigkeit nach einem Abflauen der weiterhin aktiven fünften Infektionswelle und vielfach laufenden industriellen Produktionsprozesse aufgrund gestörter Logistiknetzwerke und fehlender Vorleistungen nicht im normalen Modus.

Die ökonomischen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine hängen in erster Linie von den politischen Konstellationen ab, die sich in den kommenden Wochen oder Monaten abzeichnen werden, sowie von den Anpassungskapazitäten der heimischen Wirtschaft (Hüther, 2022). Wie schnell alternative Zulieferer gefunden oder entwickelt werden können, ist ebenso schlecht abschätzbar wie die Entwicklung der Energiepreise. Insbesondere der mögliche Stopp der Gaslieferungen von Russland nach Europa würde eine erhebliche Veränderung der wirtschaftlichen Perspektiven nach sich ziehen. Aber auch ohne eine weitere Eskalation zwischen Russland und den Nato-Staaten sind für den Fall eines fortgesetzten Konflikts oder eines „frozen conflicts“ Einschränkungen zu erwarten.

Vor dem Hintergrund dieser politischen Unsicherheiten bleibt offen, welche wirtschaftlichen Auswirkungen kurz- und mittelfristig für die Ukraine, Russland, die osteuropäischen und westeuropäischen Volkswirtschaften und die Weltwirtschaft insgesamt resultieren werden. Entsprechend dieser politischen Optionen und weltwirtschaftlichen Implikationen ergibt sich abgeleitet ein ganz unterschiedlich ausgeprägtes Ausmaß an wirtschaftlicher Unsicherheit für die Unternehmen in Deutschland. Um eine aktuelle Einschätzung hinsichtlich der potenziellen Belastungen für Unternehmen in Deutschland infolge des Krieges in der Ukraine vornehmen zu können, hat das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) mit Ausbruch des Konfliktes seine etablierten Befragungsmöglichkeiten aktiviert (Bardt et al., 2022). Es wird dargestellt, wie die vom IW befragten Unternehmen die kurz- und mittelfristigen Übertragungswege und Auswirkungen des Krieges auf ihre Geschäftstätigkeit einschätzen.

Prof. Dr. Michael Grömling leitet die Forschungsgruppe Konjunktur am Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln und ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der International University (IU), Campus Köln.

Prof. Dr. Hubertus Bardt leitet den Bereich Wissenschaft am Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln und ist Honorarprofessor an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

© Der/die Autor:in 2022. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

IW-Konjunkturumfrage als Datenbasis

Im folgenden Beitrag werden die Ergebnisse der umfassenden IW-Konjunkturumfrage vorgestellt. In diesem Rahmen werden seit 1992 regelmäßig ostdeutsche Unternehmen und seit 2002 auch westdeutsche Firmen nach ihrer aktuellen Geschäftslage und ihren konjunkturellen Perspektiven befragt. Es handelt sich bei der IW-Konjunkturumfrage nicht um eine Panelbefragung mit einem konstanten Teilnehmerkreis. Im Großen und Ganzen ist die Gruppe der regelmäßig teilnehmenden Betriebe dominierend und weitgehend stabil. Die Konjunkturumfrage wird regelmäßig durch eine Zusatzfrage ergänzt, die auf ein aktuelles konjunkturrelevantes Sonderthema abzielt.

Vor dem Hintergrund der hohen Unsicherheit und des Informationsbedarfs sowie der Vermutung, dass sich die Einschätzungen der Unternehmen kurzfristig signifikant verändern können, wird die IW-Konjunkturumfrage derzeit wiederholend durchgeführt. Der erste Befragungsabschnitt lief vom 1. März bis einschließlich 13. März 2022. Dabei konnten insgesamt 1.660 auswertbare Antworten gewonnen werden. Der zweite Abschnitt bezieht sich auf den Zeitraum vom 14. März bis zum 27. März und umfasst 833 auswertbare Unternehmensmeldungen. Bei der Interpretation ist zu bedenken, dass es sich hier nicht um eine Panelbefragung handelt, bei der Woche für Woche die gleichen Unternehmen konsultiert werden. Vielmehr wurde die Grundgesamtheit mehr oder weniger auf drei Gruppen aufgeteilt, die nach und nach befragt werden. Da die Zusammensetzung dieser Teilgruppen nach Region, Branchen und Unternehmensgröße vergleichbar ist, sollten Rückschlüsse auf eine sich verändernde Bewertungslage in der Grundgesamtheit möglich sein.

Übertragungswege der Belastungen

Die Unternehmen werden infolge des Krieges über mehrere Übertragungswege beeinflusst (Grömling, 2022):

Exportschock: Eingeschränkte oder gänzlich wegfallende Absatzmöglichkeiten in der direkten Krisenregion und im übertragenen Sinn eine nachlassende Exporttätigkeit im Gefolge einer insgesamt schwächeren Weltwirtschaft treffen eine exportorientierte Volkswirtschaft wie Deutschland überproportional. Dies stellt für die betroffenen Unternehmen und für die gesamte Volkswirtschaft einen negativen Nachfrageschock dar. Die direkten Effekte auf den deutschen Außenhandel dürften zwar eine untergeordnete Rolle haben, denn allenfalls 2,5 % des deutschen Außenhandelsumsatzes entfällt auf Russland, die Ukraine und Belarus. Darüber hinaus kann jedoch eine merklich schwächere Wirtschaftsdynamik in Mittel- und Osteuropa sowie in der gesamten Weltwirtschaft den deutschen Außenhandel indirekt deutlich belasten.

Produktionsschock: Ausbleibende Zulieferungen von Vorleistungen oder Rohstoffen aus der Krisenregion oder aus anderen Ländern und Regionen aufgrund global steigender Knappheiten oder zusätzlich eingeschränkter Logistik im internationalen See- und Bahnverkehr verschärfen die bestehenden Produktionsprobleme (Puls, 2022). Deutsche Unternehmen waren bereits vor dem Kriegsausbruch von ausfallenden Zulieferungen betroffen (Bardt und Grömling, 2022). Russland hat zwar insgesamt nur eine überschaubare Rolle für die deutschen Importe – bei bestimmten Rohstoffen ist die Abhängigkeit jedoch enorm (Fischer und Küper, 2022; Kolev, 2022). Das gilt für Energierohstoffe (der Anteil Russlands an dem von Deutschland importierten Erdgas liegt bei 55 % und bei Erdöl sind es 34 %) sowie für bestimmte Industrierohstoffe (z. B. Nickel, Palladium oder Titan) sowie für Agrarrohstoffe (etwa Weizen). Durch eine eingeschränkte oder im Extremfall ausfallende Verfügbarkeit und fehlende Substitutionsmöglichkeiten entstehen ernsthafte Produktionsprobleme. Zudem werden aufgrund der Sanktionen die Produktionsmöglichkeiten in den betroffenen Ländern erheblich beeinträchtigt. In der Ukraine betrifft dies zusätzlich die infolge des Krieges zerstörte Infrastruktur. Insofern die eigene Auslandsproduktion für die inländische Wertschöpfung relevant ist, verschärfen diese betriebsinternen Ausfälle die bestehenden Probleme in den Wertschöpfungsketten. Zu den Produktionsstörungen gehört auch die Gefahr, dass internationale Mitarbeiter:innen nicht mehr zur Verfügung stehen. Das gilt besonders für Branchen (z. B. Bauwirtschaft oder Transport), die Fachkräfte aus der Krisenregion temporär oder permanent im Inland beschäftigen. Diese Störungen in den internationalen Wertschöpfungsnetzwerken bedeuten einen negativen Angebotsschock.

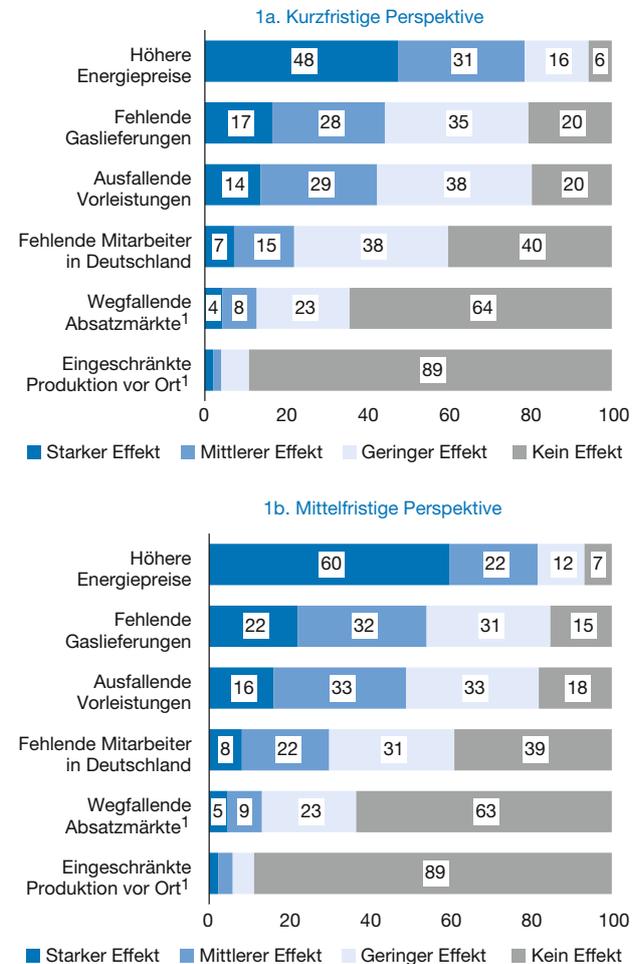
Kostenschock: Unabhängig von der geopolitischen Weltlage haben Lieferengpässe in den vergangenen Monaten bereits zu hohen Anstiegen der Erzeugerpreise in Deutschland geführt. Höhere Kosten für Vorleistungen, Rohstoffe und Energie infolge der kriegsbedingten Knappheiten schaffen für Unternehmen zusätzliche Herausforderungen. Selbst wenn Firmen nicht durch direkte Vorleistungengpässe oder vollständige Ausfälle betroffen sind, so kann sich ihre Kostenkalkulation über ein insgesamt höheres Energie- oder Erzeugerpreinsniveau verschlechtern. In Teilen der Volkswirtschaft ist eine Weitergabe dieser stark ansteigenden Kosten an die Kunden nicht möglich, sodass Ertragsrückgänge drohen. In diesem Kontext können auch höhere Finanzierungskosten für Unternehmen genannt werden, wenn etwa Konflikte zu höheren Risikoprämien an den Finanzmärkten führen – oder die entsprechende Krisenregion eine hohe Bedeutung für die internationalen Finanzmärkte hat. Auch diese Belastungen entsprechen insgesamt einem negativen Angebotsschock.

Ausmaß der Belastungen

Die Ergebnisse der IW-Konjunkturumfrage liefern einen makroökonomischen Eindruck vom aktuellen Belastungsniveau der Unternehmen in Deutschland. Dabei wurde sowohl nach den kurzfristigen Effekte für die kommenden drei Monate als auch nach den mittelfristigen Auswirkungen bis zum Jahresende 2022 gefragt. Abbildung 1 zeigt die Ergebnisse des zweiten Befragungsabschnitts in der kurzfristigen Perspektive von Mitte bis Ende März 2022 mit Fokus auf alle Branchen und die vorgegebenen sechs Belastungsfaktoren.

- **Höhere Energiepreise** nehmen in der Einschätzung der Unternehmen die höchste Bedeutung ein. Kurzfristig rechnet fast die Hälfte aller Betriebe mit starken negativen Auswirkungen und fast ein weiteres Drittel mit mittleren Effekten. Lediglich 6 % der Betriebe sieht keinen Effekt. Mittelfristig nimmt diese Gefahr für die Unternehmen zu – wie der untere Teil von Abbildung 1 veranschaulicht. Demnach gehen 60% von starken Beeinträchtigungen bis zum Jahresende aus und weitere 22 % von mittleren Belastungen. In Summe vereinigen diese beiden Bewertungskategorien hinsichtlich der mittelfristigen Perspektiven 82 % der Firmen.
- Mit deutlichem Abstand folgen die erwarteten Belastungen aufgrund *fehlender Gaslieferungen*. Gleichwohl stellt dies – und damit direkte Produktionsbeeinträchtigungen und nicht nur die kostenmäßigen Belastungen – für 45 % eine starke und mittlere Gefahr in den kommenden drei Monaten dar. Mittelfristig wächst dieser Anteil auf 54 % der Befragten an. Durch Produktionsausfälle bei Gasknappheit drohen weitere Vorleistungsmängel bei nachgelagerten Branchen.
- Das gleiche Zeitmuster ist auch bei den *Vorleistungsmängeln (ohne Gas)* zu beobachten. 43 % der Unternehmen sieht kurzfristig starke und mittelschwere Belastungen für ihre eigenen Betriebsabläufe durch ausbleibende Materialien. Richtet sich der Blick auf die erwarteten Belastungen bis zum Jahresende 2022 dann steigt der Anteil der ersten beiden Bewertungskategorien auf 49 % aller Unternehmen an.
- Der Anteil, der keine Auswirkungen auf die eigenen Geschäftsabläufe aufgrund von *fehlenden Mitarbeiter:innen* erwartet, liegt kurz- und mittelfristig bei rund 40 %. Kurzfristig erwarten 22 % und mittelfristig 30 % der Betriebe starke und mittlere Effekte wegen ansteigender Fachkräftengpässe infolge des Krieges und eingeschränkter Mobilität.
- Mit Blick auf *wegbrechende Absatzmärkte* in Russland und der Ukraine gibt es kaum Unterschiede zwischen

Abbildung 1
Kurz- und mittelfristige Belastungen deutscher Unternehmen durch den Krieg in der Ukraine
 (in % aller befragten Unternehmen)



Anteil von Unternehmen in Deutschland, die auf Basis der IW-Konjunkturumfrage hinsichtlich der vorgegebenen Belastungsfaktoren kurz- und mittelfristige Auswirkungen nach bestimmten Intensitäten erwarten. Gewichtete Ergebnisse der IW-Konjunkturumfrage von 833 Unternehmen vom 14. März bis 27. März 2022; Kurzfristig: kommende drei Monate; mittelfristig: bis Ende 2022.

¹ Absatzmärkte und Produktion in Russland und der Ukraine.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft.

dem kurz- und mittelfristigen Erwartungsbild. Für nahezu zwei Drittel der Firmen aus allen berücksichtigten Branchen stellen direkte Absatzeinbrüche kein Problem dar. Für weitere 23 % ein geringes und nur ein überschaubarer Anteil von 12 % bis 15 % – je nach Zeithorizont – sieht starke und mittlere Effekte.

- Überschaubar fällt die Bewertung zu *eingeschränkten Produktionsmöglichkeiten* in der Ukraine und in Russland aus. Für knapp neun von zehn Firmen ist dies

bedeutungslos und lediglich 4 % bis 5 % erwarten kurz- und mittelfristig starke Auswirkungen auf ihre Unternehmen.

Die Daten der IW-Konjunkturumfrage ermöglichen einen genaueren Blick auf die aggregierten Wirtschaftsbereiche (vgl. Abbildung 2). Dabei sollte beachtet werden, dass der Dienstleistungssektor nicht vollständig mit der Befragung abgebildet wird. Die Ergebnisse zeigen, dass in allen großen Wirtschaftsbereichen (Industrie, Bauwirtschaft und Dienstleister) die Preiseffekte infolge höherer Energiekosten die größte Herausforderung darstellen. Das Belastungsniveau ist in der Industrie (85 %) und in der Bauwirtschaft (78 %) deutlich höher als bei den Dienstleistern. Am höchsten ist der Anteil der Betriebe in der Bauwirtschaft, die von starken und mittleren Auswirkungen aufgrund fehlender Vorleistungen (ohne Gas) sprechen. Das gilt kurzfristig für 54 % dieser Firmen, in der Industrie sind es 48 % und bei den Dienstleistern 38 %.

Die Gefahr fehlender Gaslieferungen wird von den Industriefirmen am höchsten eingeschätzt – über 50 % erwarten kurzfristig starke und mittlere Effekte. Aufgrund fehlender Mitarbeiter:innen entstehen für die Baufirmen deutlich höhere Anpassungslasten. Wegfallende Absatzmärkte stellen für die Industrie im Vergleich mit den anderen beiden Wirtschaftsbereichen eine Herausforderung dar. Gut ein Fünftel der Industriefirmen fürchtet kurzfristig starke und mittlere Effekte auf ihre Geschäftstätigkeit infolge der eingeschränkten Handelsmöglichkeiten. Immerhin 6 % der Industrie- und Baufirmen sehen sich auch durch Produktionseinschränkungen in der Ukraine und in Russland unter starkem und mittlerem Druck.

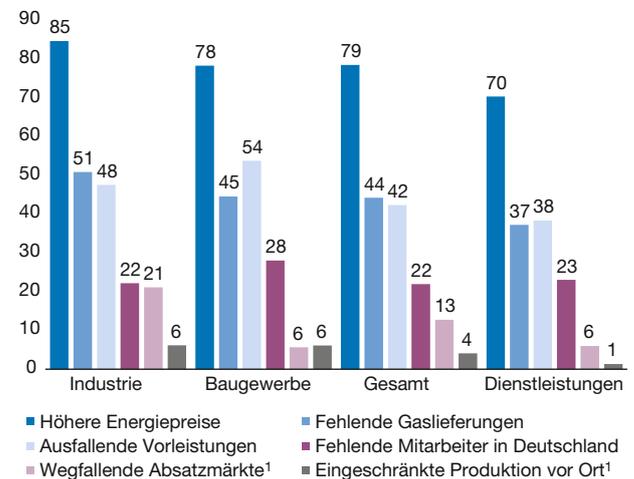
Zunehmende Belastungen

Die Gegenüberstellung der Ergebnisse des ersten und des zweiten Befragungsabschnitts zeigt, dass sich die negativen Erwartungen tendenziell verstärkt haben. Abbildung 3 veranschaulicht dazu die Anteile der stark und im mittleren Ausmaß betroffenen Unternehmen. Die Ergebnisse beziehen sich auf die Unternehmen aller Branchen sowie auf die kurzfristigen Effekte. Abbildung 1 hat bereits gezeigt, dass die mittelfristigen Belastungen bis zum Jahresende 2022 höher eingeschätzt werden. Dies war im Rahmen des ersten Befragungsabschnittes ebenso. Auch die Branchendifferenzierung war so in der ersten Märzhälfte bereits zu beobachten (Abbildung 2).

- Nunmehr erwarten 79 % der Unternehmen – nach 76 % in der ersten Befragung unmittelbar nach Ausbruch des militärischen Konflikts – starke und mittlere Belastungen durch die erhöhten Energiepreise.

Abbildung 2
Belastungen deutscher Firmen durch den Krieg in der Ukraine nach Branchen

(in % aller befragten Unternehmen)



Kurzfristige Belastungen deutscher Unternehmen hinsichtlich der vorgegebenen Belastungsfaktoren in starkem und mittlerem Ausmaß. Gewichtete Ergebnisse auf Basis der IW-Konjunkturumfrage von 833 Unternehmen vom 14. März bis 27. März 2022; Kurzfristig: kommende drei Monate; nicht berücksichtigte Kategorien: geringe und keine Effekte.

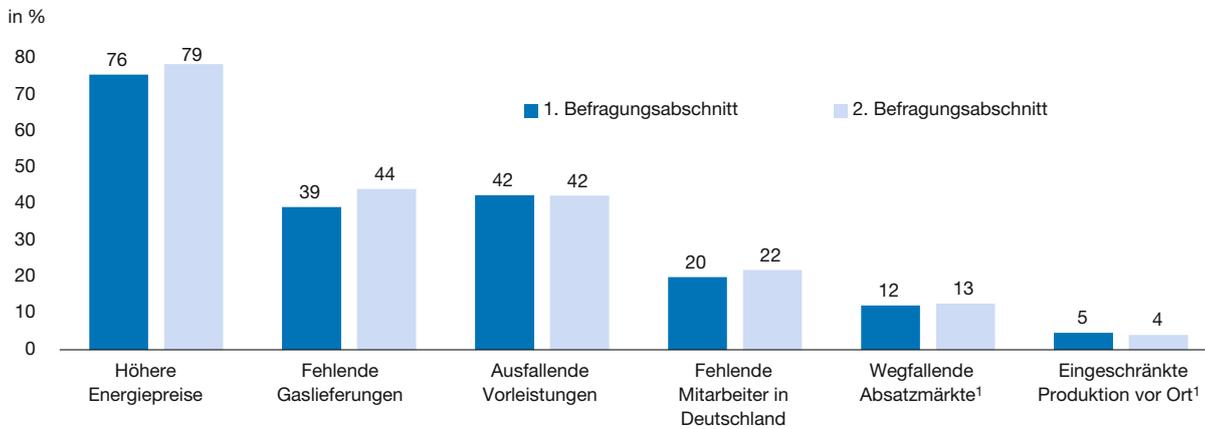
¹ Absatzmärkte und Produktion in Russland und der Ukraine.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft.

- Ausfallende Zulieferungen von Gas stellen ebenfalls deutlich ansteigend für zuletzt 44 % aller hier berücksichtigten Unternehmensbereiche ein Problem dar.
- 42 % aller befragten Unternehmen sehen in ausfallenden Zulieferungen von anderen Vorleistungen ein mittleres und starkes Problem für ihre eigene Produktion.
- Das Risiko fehlender Mitarbeiter:innen infolge des Krieges in der Ukraine ist ebenfalls leicht angestiegen. Während in der ersten Märzhälfte 20 % dies als einen starken und mittleren Effekt einschätzten, waren es im zweiten Befragungsabschnitt 22 %.
- Weniger bedrohlich und im Gegensatz zu den anderen Belastungsfaktoren kaum oder nicht steigend sind wegfallende Absatzmärkte sowie eingeschränkte eigene Produktionsmöglichkeiten in Russland und der Ukraine.

Der Überfall Russlands auf die Ukraine hat nicht nur schwere politische und humanitäre Folgen, sondern er wird auch erhebliche wirtschaftliche Konsequenzen haben. Das Ausmaß der Folgen ist weiterhin nicht absehbar. Je nach politischer und militärischer Eskalation kann die Energieversorgung durch den Ausfall von Gaslieferun-

Abbildung 3
Belastungen deutscher Unternehmen durch den Krieg in der Ukraine



Anteil von Unternehmen, die kurzfristig starke und mittlere Belastungen erwarten. Gewichtete Ergebnisse der IW-Konjunkturumfrage von 1.660 Unternehmen vom 1. März bis 13. März 2022 (1. Befragungsabschnitt) und von 833 Unternehmen vom 14. März bis 27. März 2022 (2. Befragungsabschnitt); Kurzfristig: kommende drei Monate; nicht berücksichtigte Kategorien: geringe und keine Effekte.

¹ Absatzmärkte und Produktion in Russland und der Ukraine.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft.

gen bedroht werden. Die schon 2021 bestehenden Probleme in internationalen Lieferketten werden durch neue Versorgungsengpässe weiter verschärft. Die IW-Konjunkturumfrage macht deutlich, dass die Sorgen in der Industrie und bei industrienahen Dienstleistern tendenziell ansteigen. Entsprechend müssen die angebotsseitigen hohen Belastungen wirtschaftspolitisch begleitet werden. Die Energiepreise stellen Unternehmen schon jetzt vor existenzielle Schwierigkeiten. Eine Minderung der staatlichen Abgaben oder ein Unterstützungspaket für bedrohte Unternehmen könnte helfen, die akute Krise zu überwinden. Gleichzeitig muss zur Sicherung der Energieversorgung in den Unternehmen und in der Politik weiterhin versucht werden, möglichst kurzfristig immer größere Teile der russischen Lieferungen verzichtbar zu machen. Wie schwierig Ausweichmöglichkeiten zu realisieren sind, zeigen schon die Probleme, die durch die relativ kleinen Einfuhren an anderen Vorleistungen aus Russland und Belarus entstehen. Wenn Basismaterialien aufgrund von Gasknappheit nur noch sehr eingeschränkt produziert werden können, werden die Schwierigkeiten für alle weiterverarbeitenden Unternehmen ungleich grö-

ßer sein. Ein möglicher Ausfall der Lieferungen hätte gravierende Folgen für die industrielle Produktion, die dann auch durch staatliche Maßnahmen nicht aufgefangen werden können.

Literatur

- Bardt, H. und M. Grömling (2022), Anhaltende Produktionslücken durch Vorleistungsengpässe, *Wirtschaftsdienst*, 102(2), 123-126, <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2022/heft/2/beitrag/anhaltende-produktionsluecken-durch-vorleistungsengpaesse.html> (29. März 2022)
- Bardt, H., M. Grömling und E. Schmitz (2022), Wirtschaftliche Folgen des Ukraine-Krieges: Zunehmende Belastungen für die deutsche Wirtschaft, *IW-Report*, 11.
- Fischer, A. und M. Küper (2022), Die Bedeutung russischer Gaslieferungen für die deutsche Energieversorgung. Untersuchung bestehender Lieferbeziehungen und Ausblick auf die weitere Entwicklung, Gutachten im Auftrag der Atlantik Brücke e.V.
- Grömling, M. (2022), Wirtschaftliche Effekte des Krieges in der Ukraine – Ausgangslage und Übertragungswege, *IW-Report*, 14.
- Hüther, M. (2022), Wird Stagflation die nächsten Jahre prägen?, *Handelsblatt*, 18. März, 64.
- Kolev, G. (2022), Russlands Relevanz für die Lieferketten der deutschen Wirtschaft, *IW-Kurzbericht*, 23.
- Puls, T. (2022), Logistiksektor im Krisenmodus, *IW-Kurzbericht*, 27.

Title: *Burdens for Businesses Due to the War in Ukraine*

Abstract: The war in Ukraine is placing considerable burdens on the German economy. Based on the economic survey conducted by the German Economic Institute, the different various transmission paths and effects can be assessed. Almost 80% of companies currently see themselves burdened by high energy prices. More than 40% of businesses expect their operations to be impacted in the short term by failed input deliveries; the expected burden due to impending bottlenecks in the energy supply is just as high. Concerns have increased since the first survey in the first half of March. In the medium term, companies expect to face increasing burdens from the war.